

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 40

1. August 1965

Einzelpreis S 3,-

VP-SP-KOALITIONSREGIERUNG – DAS NEUE IDEAL

DES KPÖ-VORSITZENDEN

Der auf dem revisionistischen 19. Parteitag eingesetzte neue Vorsitzende der KPÖ, Muhri, hat auf einer Vertrauensmännerkonferenz in Villach ein Bekenntnis zur VP-SP-Koalitionsregierung abgelegt, das der "Volksstimme" so originell erschienen ist, daß sie es am 11. Juli als Leitartikel abdruckte und das – wie nun schon einige Offenbarungen Muhris – auch in der antikommunistischen Presse Erstaunen auslöste. Selbst in der zweifellos "bearbeiteten" Fassung der Koalitionsbekenntnisse Muhris, wie sie die "Volksstimme" bringt, heißt es unter anderem:

Unsere Stellung zur Koalition

Von Franz Muhri

Die Dr. Withalm sind es, die Österreich mehr und mehr in eine politische Krise führen, die Zusammenarbeit zerstören und die Demokratie gefährden.

EINE ÖSTERREICHISCHE ZEITUNG SCHRIEB KÜRZLICH: „Die Koalition ist tot.“ Dies entspricht nicht den Tatsachen. Wir Kommunisten betrachten in der heutigen Zeit, entsprechend den österreichischen Bedingungen, die große Koalition als einzig reale und gangbare Form des Regierens. Mit Recht lehnt die Mehrheit unseres Volkes nach den Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur jede Einparteienregierung ab. Wir glauben auch nicht, daß das englische System einfach auf Österreich übertragen werden kann.

Wir sehen erst recht in der jüngsten Annäherung zwischen den Extremisten der ÖVP und den noch weiter rechts stehenden „Freiheitlichen“ eine ernste Gefahr, die zum Bürgerblock führen kann. Aus all diesen Gründen sollen die beiden großen Parteien auch weiterhin die Regierung bilden.

Gerade angesichts der Tatsache, daß die beiden großen Parteien die Regierung bilden, haben die Kommunisten in Österreich eine wichtige Funktion zu erfüllen. Als vorwärtsdrängende Kraft, als demokratische Opposition, die gleichzeitig konstruktive Konzepte und Alternativen entwickelt.

Jeder einzelne dieser Sätze ist ein flagranter Beweis dafür, wie entsetzlich weit die Versozialdemokratisierung, ja das Abgleiten in den Sumpf des plattesten bürgerlichen

Aus dem Inhalt:

Seite

- 3 Hilfe für VIETNAM !
- 4 Eine österreichische Delegation in China
- 6 Raxwerk – vor der Entscheidung
- 7 "Da schluchzte Präsident Kennedy"
- 9 Botschafterskandal in der Schweiz
- 10 Die Wahlen in Japan
- 11 Die KP Japans über die Politik der sowjetischen Führer
- 15 Michael McCreery
- 16 Aus dem Parteileben
- 18 Albanien 1965

Parlamentarismus, bei der heutigen KPÖ bereits geht, wie restlos sie mit allen Grundsätzen einer proletarisch-revolutionären Partei, einer marxistisch-leninistischen Politik schon gebrochen hat. Jahrelang haben die österreichischen Kommunisten den Massen unermüdlich klargemacht, daß das eigentliche, wahre Wesen des Koalitionsregimes und der Koalitionspolitik die Verteidigung des Kapitalismus, der Betrug an den Massen, die Verstärkung und Verewigung ihrer Ausplünderung ist - und jetzt gibt ein KPÖ-Vorsitzender Erklärungen von sich, wie sie in solcher Koalitionsdemagogie sogar bei Pittermann selten sind.

Es beginnt mit dem Vorwurf gegen den ÖVP-Generalsekretär Withalm und seine Leute, daß sie "die Zusammenarbeit zerstören und die Demokratie gefährden". Wir wissen, wer Withalm und Konsorten sind und welche reaktionäre Rolle sie spielen, aber sie als Zerstörer der "Zusammenarbeit" zwischen VP und SP anzugreifen, das bedeutet, diese "Zusammenarbeit" als einen Segen für das Volk, das friedliche Einvernehmen der Koalitionsparteien bei der Ausplünderung der Massen nicht nur als verteidigungswert, sondern geradezu als Grundlage der "Demokratie" hinzustellen! Sowas sagt ein KPÖ-Vorsitzender eben in der Zeit, da die Koalitionsparteien in der Paritätischen Kommission und anderswo in schöner "Zusammenarbeit" eine Teuerungslawine organisieren, die man nur als offenen Straßenraub an der werktätigen Bevölkerung bezeichnen kann!

Die "große Koalition" VP-SP ist laut KPÖ-Vorsitzendem Muhri für Österreich "die einzig reale und gangbare Form des Regierens"! Man muß es dreimal lesen, um es zu fassen, daß wir hier das Zentralorgan der KPÖ, ja die Bekenntnisse ihres Vorsitzenden lesen und nicht eine politische Mahnpredigt von Kardinal König.

Muhri läßt kein Mißverständnis darüber aufkommen, wie restlos er auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus steht: "Mit Recht", so unterstreicht er, "lehnt die Mehrheit unseres Volkes nach den Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur jede Einparteienregierung ab". Um welche Art von Partei es sich dabei handelt, ist dem "Dialektiker" Muhri völlig wurst. Partei ist Partei, und Einparteienregierung ist faschistische Diktatur - basta. Hitlerpartei, Labour-Party oder KPdSU - vor dem geistigen Auge des Chruschtschow-Schülers Muhri verlieren sich ihre Unterschiede und ist es auf jeden Fall von Übel, wenn eine allein die Regierung bildet. Der geläuterte "Demokrat" hört einfach auf die Meinung der "Mehrheit unseres Volkes" und gibt dieser Mehrheit auf alle Fälle recht. Karl Marx hat einmal geschrieben, daß die herrschende Meinung nichts anderes als die Meinung der Herrschenden ist; in den Grundschulungen der KPÖ hat man einmal sogar Muhri beizubringen versucht, daß die Meinungen der "Mehrheit unseres Volkes" nicht vom Himmel fallen, sondern mit Hilfe von Schule und Kirche, Radio und Fernsehen, Zeitungen, Filmen, Literatur usw. im Interesse und im Sinne der Bourgeoisie manipuliert und geformt, gemacht und gemanagt werden. Doch was schert das schon einen "Erneuerer" der KPÖ?

Da der neue KPÖ-Vorsitzende ein prinzipieller Gegner jeder Ein-
(Fortsetzung auf Seite 4)

SIE KÄMPFEN AUCH FÜR UNS !



MIT DER BITTE, DAMIT WAFFEN ZU KAUFEN

übergaben vor kurzem Mitglieder des Zentralen Vorbereitungskomitees zur Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich den Vertretern der NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT SÜD-VIETNAMs einen namhaften Geldbetrag, der sich aus den von der "Roten Fahne" bis Ende Juni für Vietnam gesammelten Geldern sowie aus einem Beitrag aus den Eigenmitteln der Redaktion der "Roten Fahne" zusammensetzt.

Damit ist unsere Sammelaktion für Vietnam aber keineswegs abgeschlossen. Gerade jetzt, da auch der US-Imperialismus seine verbrecherische Aggression verstärkt, müssen auch wir mit erhöhter Kraft fortfahren, den tapferen südvietnamesischen Genossen zu helfen, die an der vordersten Front des Kampfes gegen den blutigen US-Imperialismus stehen und im Interesse der gesamten antiimperialistischen und revolutionären Weltbewegung, im Interesse der Freiheit und des Fortschritts, des Friedens und der Sicherheit aller Völker schwerste Opfer bringen.

Zur Überweisung der Spenden bitten wir die beiliegenden Erlagscheine zu verwenden, auf deren Rückseite jedoch unbedingt der Hinweis "VIETNAM" anzubringen ist. Für Vietnam-Spenden, die Aktivisten der "Roten Fahne" übergeben werden, stellt die Redaktion in allen Fällen entsprechende Quittungen aus.

DIE REDAKTION

(Fortsetzung von Seite 2)

parteienregierung ist, lehnt er auch eine SP-Regierung in Österreich ab und zieht ihr eine VP-SP-Koalitionsregierung unbedingt vor: "Wir glauben auch nicht, daß das englische System einfach auf Österreich übertragen werden kann", sagt nun der Vorsitzende der selben KPÖ, die die SP-Führung - falsche Hoffnungen nährend - noch vor kurzem ermahnt hat, doch endlich ihren Führungsanspruch zu erheben und durchzusetzen und die den Amtsantritt der englischen Labour-Einparteienregierung geradezu als den Beginn einer neuen Epoche gepriesen hat. So rasch geht's mit den "Neuerern": Gestern noch begeisterte Fürsprecher einer SP-Regierung als die SP-Führer selber, erheben sie heute schon ebenso begeistert das schwarz-rosa gefärbte Leintuch der Koalition als neueste Fahne.

Das österreichische Volk hat mit der Koalition der offenen und versteckten Verteidiger des Kapitals bisher anscheinend soviel Freuden erlebt und soviel Wohltaten geerntet, daß es bei dieser Partnerschaft zur Erhaltung der Ausbeuterordnung jedenfalls bleiben soll: "Aus allen diesen Gründen sollen die beiden großen Parteien auch weiterhin die Regierung bilden." (Muhri).

Und was ist mit der KPÖ? Was bleibt ihr noch zu tun? "Gerade angesichts der Tatsache, daß die beiden großen Parteien die Regierung bilden, haben die Kommunisten in Österreich eine wichtige Funktion zu erfüllen - als vorwärtsdrängende Kraft..." Die Arbeitsteilung ist klar: VP und SP, Pittermann und Klaus, bildet bitte weiter die österreichische Regierung, arbeitet weiter eng zusammen, die Muhri und Kollegen - Euror Koalition loyale Opposition - werden euch samt eurem System unmerklich, aber konstruktiv zum Sozialismus vorwärtsdrängen!

Wahrhaftig - es geht schon auf keine Kuhhaut mehr, was die "Erneuerer" der KPÖ da ihren Mitgliedern und Funktionären zuzumuten wagen. Noch vor wenigen Jahren wäre es in der KPÖ völlig unmöglich gewesen, solchen Wahnsinn zur Methode zu machen, ohne sogleich von zurückgeworfenen Mitgliedsbüchern erschlagen zu werden.

F.St.

MITTEILUNG

Auf Einladung der Redaktion des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Chinas, "Renmin Ribao", besuchte von Ende Juni bis Ende Juli 1965 eine sechsköpfige Studiendelegation der "ROTEN FAHNE" unter Leitung von Genossen Franz Strobl die Volksrepublik China. Die Delegation bereiste per Flugzeug und Bahn, per Auto und Schiff weite Gebiete Volkschinas, besuchte die Millionenstädte Peking, Tientsin, Shenyang, Fousun, Anshan, Tsinan, Shanghai und Hangschou und studierte in den Provinzen das Leben mehrerer Volkskommunen. Unter den von der Delegation besuchten Betrieben befinden sich solche der Schwer- und Grundstoffindustrie, des Schwermaschinenbaus, des Bergwerk- und Energiesektors sowie mehrere leichtindustrielle Betriebe der Textil-, feinmechanischen und Radioindustrie. Zahlreiche Diskussionen mit einfachen Arbeitern und leitenden Funktionären, Besuche in Arbeiter- und Bauernwohnungen, in Siedlungen, Sanatorien, Kindergärten und Alters-

heimen, in Einzelgeschäften und Dienstleistungsbetrieben, in Kaufhäusern und auf Märkten ergaben ein vielseitiges Bild des Lebens des chinesischen Volkes, das Hunger und Elend, soziale Unsicherheit und Entrechtung für immer beseitigt hat und mit beispiellosem Fleiß und Elan am Aufbau des Sozialismus arbeitet.

Die Delegation wurde überall mit größter Gastfreundschaft empfangen und durch die übergroße Bescheidenheit der Gastgeber wiederholt in Verlegenheit gebracht. Überall beeindruckte das unbedingte Bekenntnis der chinesischen Genossen zum proletarischen Internationalismus und die hohe Wertschätzung, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung Westeuropas und Amerikas bei ihnen genießt.

Einen Tag verbrachte die österreichische Delegation als Gast einer Einheit der Chinesischen Volksbefreiungsarmee und hatte Gelegenheit, sich von dem unerhört hohen Ausbildungsniveau und dem mitreißenden revolutionären Geist dieser Armee, die soeben alle militärischen Ränge abgeschafft hat, zu überzeugen.

Besonders begrüßt wurde von den österreichischen Delegationsteilnehmern die Möglichkeit, mit führenden Funktionären der KP Chinas und der chinesischen Regierung eine Reihe hochinteressanter Diskussionen sowohl über Fragen der innerchinesischen als auch der internationalen Entwicklung zu führen. Die Gespräche gipfelten in einer mehrstündigen freundschaftlichen Diskussion mit dem Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der KP Chinas, Genossen Peng Dschen. Genosse Peng Dschen gab zu Ehren der österreichischen Delegation auch ein Bankett, an dem von chinesischer Seite auch das führende Mitglied des ZK der KP Chinas, Genosse Hsu Li, sowie der Stellvertretende Chefredakteur des Zentralorgans der KP Chinas, Genosse Chen Chun, teilnahmen.

Die Mitglieder der RF-Delegation werden über die Ergebnisse ihrer Studienreise in den kommenden Monaten mehrere Vorträge halten und auch in der "Roten Fahne" darüber detailliert berichten.

RF.



„ROTE FAHNE“

Wien XV,
Goldschlagstraße 30/33

An die

Redaktion des Zentralorgans
der KP Chinas

Wien, Ende Juli 1965

"RENMIN RIBAO"

Peking

AIR MAIL
PAR AVION

Werte Genossen!

Von unserer Studienreise in die Volksrepublik China wieder in die Heimat zurückgekehrt, drängt es uns, der Redaktion von "Renmin Ribao", die uns eingeladen hat, sowie allen Genossen, führenden Funktionären und einfachen Mitgliedern der großen KP Chinas, die uns mit grenzenloser Gastfreundschaft umgibt und betreut haben, aus ganzem Herzen zu danken.

Daß buchstäblich alle unsere Besichtigungswünsche erfüllt, alle unsere vielfältigen Fragen beantwortet und das so umfangreiche Studienprogramm, das sich aus den verschiedenartigen Wünschen und Vorschlägen der Delegationsteilnehmer ergab, restlos

durchgeführt werden konnte, ist vor allem das Verdienst dieser nimmermüden chinesischen Genossen.

Unser Aufenthalt in der Volksrepublik China hat uns viele unvergeßliche Eindrücke und tiefe Erkenntnisse vermittelt, hat uns mit noch größerer Klarheit und mit noch festerer Zuversicht erfüllt, daß die große Sache der Befreiung der internationalen Arbeiterklasse nicht nur gerecht, sondern auch unbedingt siegreich ist.

Mit eigenen Augen haben wir uns von der unendlichen Dummheit und Absurdität jener antichinesischen Hetze überzeugt, die heute von den Imperialisten und Reaktionären aller Länder betrieben wird und bei der die modernen Revisionisten sich nicht schämen, Schützenhilfe zu leisten. Ob es sich um die Ergebnisse des 'Großen Sprungs', um die Erfolge der Volkskommunen, um Fragen des kulturellen oder Lebensstandards des chinesischen Volkes oder ob es sich um die Richtigkeit und Konsequenz der Generallinie der KP Chinas in den internationalen Fragen handelt - man kann uns darüber nun nichts mehr erzählen, wir haben ein klares Bild und die unerschütterliche Gewißheit, daß sich die chinesischen Genossen auf dem richtigen Weg befinden.

So gehen wir nun mit neuen und größeren Kräften an unsere Arbeit, in den Kampf um die Lebensinteressen und Zukunftshoffnungen unserer Arbeiterklasse und unseres Volkes. Und über die Kontinente hinweg grüßen wir unsere starken Kampfgefährten im volkreichsten Land des Sozialismus, deren tätige Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus uns Vorbild sein und bleiben wird.

Es lebe die mächtige Kommunistische Partei Chinas!

Es lebe die internationale Kampfgemeinschaft aller Marxisten-Leninisten!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Im Namen der Delegations-
teilnehmer:

FRANZ STROBL e. h.

RAXWERK - vor der Entscheidung

DIE MEINUNG EINES ARBEITERS...

Die Entwicklung rund um das Raxwerk in Wiener Neustadt verläuft so, wie es sich die herrschenden Kreise in der ÖVP und SPÖ von Anfang an vorgestellt haben. Die Zermürbungstaktik hat Erfolg. Im "Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze" scheinen die Arbeiter nun zu bedeutenden Teilen bereit, die Verschacherung des Betriebes an das Privatkapital - höchstwahrscheinlich an das ausländische - hinzunehmen.

Verstehen also die Raxwerk-Arbeiter nicht die Notwendigkeit, den beharrlichen Kampf gegen die Verschleuderung verstaatlichter österreichischer Betriebe an das in- und ausländische Privatkapital zu führen? Sie sehen die Notwendigkeit dieses Kampfes sehr wohl ein. Niemand darf sich jedoch wundern, wenn bei den Arbeitern langsam aber sicher die Meinung entstanden ist, besser in einem Privatbetrieb Arbeit zu haben, als aus einem zugrundegewirtschafteten verstaatlichten Betrieb auf die Straße zu fliegen. Diese Meinung entstand nicht zufällig, sondern wurde systematisch organisiert von den Kräften, die auf einen Verkauf drängen, wurde von ihnen systematisch in die Arbeiterschaft hineingetragen. Das ganze schändliche Theater, das man den Arbeitern monatelang vorgespielt hat, diente diesem Zweck. Denn eines hatten die Herren bereits beschlossen, bevor noch die ersten diesbezüglichen "Verhandlungen" stattfanden: Das Raxwerk wird

aus dem Verband des verstaatlichten Simmering-Graz-Pauker-Konzerns ausgeklammert. Nicht nur die ÖVP-Macher standen hinter diesem Beschluß, sondern auch die Leute um Pittermann, dessen berüchtigte Erklärung über die Notwendigkeit einer "Amputation" beim SGP-Konzern, damit dieser "lebensfähig" bleibe, eine direkte Schützenhilfe für die Reprivatisierer war, auf die sie sich ja auch prompt berufen haben. Für einen oberflächlichen Beobachter klang die Argumentation sogar einleuchtend: Da das Raxwerk für den SGP-Konzern eine "Belastung" sei, würde sein Verkauf also für den verbleibenden verstaatlichten Konzern nur von Vorteil sein, obendrein würden so auch die Arbeitsplätze der Raxwerk-Arbeiter am besten gesichert.

In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Warum ist denn das Privatkapital so hinter dem Raxwerk her? Vielleicht, weil es ein hoffnungsloses Defizit-Unternehmen ist? Nein! Es ist dahinter her, weil alle Voraussetzungen bestehen, aus dem Raxwerk eine Quelle von Höchstprofiten zu machen! Für das Raxwerk gibt es in Österreich genug Aufträge. Diese Aufträge wollen sich die Privatkapitalisten in Österreich und vor allem in Westdeutschland, die in der ganzen Angelegenheit kräftig mitmischen, nicht entgehen lassen. Das Raxwerk ist ein Fertigungsbetrieb mit sehr hohen Gewinnmöglichkeiten, wenn es nicht absichtlich ruiniert wird. Diese hohen Gewinne will das Privatkapital direkt einstecken und nicht erst auf irgendwelchen Umwegen über den Finanzminister, der manches, aber nicht alles managen kann. So hat also das interessierte Privatkapital mit den staatlichen Stellen bzw. ihren Sachwaltern in der SGP und im Raxwerk selbst fleißig zusammengearbeitet, um aus einem Betrieb, der dem Privatkapital Höchstprofite bringen kann, eine untragbare "Belastung" für die "Verstaatlichten" zu machen. Nun ist das edle Werk getan und man schickt sich an, die "Last" um ein "Vergelt's-Gott" abzustoßen.

Haben die Raxwerk-Arbeiter jetzt noch eine Chance, den Verkauf ihres Betriebes an das Privatkapital zu verhindern und ihre Arbeitsplätze im Rahmen der Verstaatlichten zu erhalten? Sie haben diese Chance, aber es ist schon viel wertvolle Zeit vertan worden. Vor allem ist es notwendig, daß sie sich auf ihre eigenen Füße stellen und selber den Kampf organisieren, daß sie sich nicht länger auf jene verlassen, die sie bisher so schlecht beraten und ihren Kampf nicht beflügelt, sondern gelähmt haben.

Daß die Privatkapitalisten, die das Raxwerk in ihre Klauen bekommen

OHNE KOMMENTAR:

„Da schluchzte Präsident Kennedy...“

Geschichtsprofessor plaudert Geheimnisse aus dem Weißen Haus aus

Washington. — Großes Aufsehen erregen in den USA die Erinnerungen des Geschichtsprofessors Arthur Schlesinger, eines engen Mitarbeiters des Präsidenten Kennedy, der in der Zeitschrift „Life“ Kulissengeheimnisse aus dem Weißen Haus ausplaudert. In Schlesingers Berichten nimmt auch die mißglückte Invasion kubanischer Freischärler in der Schweinebucht im Jahre 1961 breiten Raum ein. Der Autor stellt die Behauptung auf, daß Präsident

Kennedy nach dem Fehlschlagen des Unternehmens „seinen Kopf in die Hände gestützt und fast geschluchzt habe“.

„Volksblatt“, 27. Juli 1965

wollen, nicht Freunde der Arbeiter, nicht besorgte Beschützer ihrer Arbeitsplätze sind, ist klar. Klar ist auch die Rolle der Unternehmerpartei, der ÖVP. Aber wie ist es mit der SP-Führung? Hat sie den Raxwerk-Arbeitern geholfen? Oder war ihre ganze Politik nicht vielmehr darauf ausgerichtet, im Interesse des Koalitionsfriedens mit der ÖVP und der "Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten den Reprivatisierungsplänen die Mauer zu machen? Statt die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten, haben die rechten SP-Führer in der Abteilung IV des Bundeskanzleramtes ("Verstaatlichte Betriebe") bei dem ganzen Schacher um das Raxwerk mitgemacht. Traurigerweise sind es jetzt gerade einflussreiche "sozialistische" Gewerkschaftsfunktionäre, die den Raxwerk-Arbeitern in den Ohren liegen und ihnen versprechen, daß durch einen Verkauf des Werks an das Privatkapital die Arbeitsplätze gesichert würden — als ob das Privatkapital das jemals gekonnt hätte!

Eine nicht viel bessere Rolle haben die "Mitbestimmungs"-Theoretiker von der KPÖ gespielt. Ihre Theorien haben nicht zum Kampf mobilisiert, sondern Illusionen verbreitet und falsche Hoffnungen genährt, vor deren Zusammenbruch die Arbeiter nun stehen. Das Beispiel Raxwerk zeigt auch, in welches Zwielicht eine Partei kommt, die es aus taktischen Gründen nicht mehr wagt, die rechten SP-Führer energisch zu kritisieren und ihr Zusammenspiel mit der ÖVP aufzudecken. Sogar die Tatsache, daß die SPÖ durch ihren Verkehrsminister Probst die Möglichkeit gehabt hätte, dem Raxwerk umfangreiche Aufträge zu verschaffen, diese Aufträge aber den Jenbacher Werken und dem westdeutschen Henschel-Konzern zugeschanzt hat, wurde von den KPÖ-Revisionisten verschwiegen, um ihr gutes Einvernehmen mit dem SP-Vorstand nicht zu belasten. Mag sein, daß eine so vorsichtige "Zurückhaltung" erleichtert, einige Sitze in dem einen oder anderen Ausschuß der Gewerkschaft oder anderer Institutionen zu erhaschen — dem Kampf der ehrlichen Kommunisten und Anhänger der GE im Raxwerk aber hat sie ebenso geschadet wie der gesamten österreichischen Arbeiterschaft.

Die Arbeiter im Raxwerk haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Sie müssen sich rasch auf einen Weg des selbständigen Kampfes orientieren, unabhängig und unbeeinflusst von den Profitinteressen der ÖVP und den Machinationen der SP-Führung, auf einen Weg entschlossener eigener Kampfaktionen frei vom Nebel aller Sozialpartnerschafts- und Mitbestimmungstheorien, die nur dem Kapital helfen.

F.J.

WIR SIND GERNE BEREIT, ernstesten Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit kostenlos und unverbindlich zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Am zweckentsprechendsten ist es freilich, sie gleich zu abonnieren.

Jahresabonnement S. 65,-

Halbjahresabonnement S. 35,-

(Postscheckkonto Nr. 173.848)

ZUM BOTSCHAFTER-SKANDAL IN DER SCHWEIZ:

Die Äußerung des österreichischen Botschafters in der Schweiz, J. G. Tursky, bei einem Botschafts-Empfang, er sei Faschist gewesen und bleibe es auch, wurde in der österreichischen Presse rasch ad acta gelegt. Anders in der Schweiz. Nicht nur das öffentliche Bekenntnis dieses Mitarbeiters Kreiskys zum Faschismus, sondern mehr noch die Tatsache, daß Tursky dennoch weiter in Amt und Würden bleiben soll, hat dort eine Vielzahl von Schlagzeilen verursacht. Neben dem "Blick", aus dessen Nummern vom 19. 6. und 7. 7. 1965 wir zwei Faksimiles veröffentlichen, hat auch der revisionistische Schweizer "Vorwärts" zu dem Skandal Stellung genommen. (Wir danken unseren Schweizer Lesern für die Zusendung dieser und anderer interessanter Zeitungsausschnitte).

Wenn Herr Tursky Faschist ist und bleiben will und auf eine eigene Geschichtsklitterung Anspruch erhebt, ist das natürlich seine Sache. Ob ein solcher Mann als österreichischer Botschafter in Bern auf dem rechten Platz ist, muß sich sein Vorgesetzter, der Sozialdemokrat Kreisky, überlegen. Jeder Staat läßt sich durch die Leute seines Vertrauens vertreten. Die Bonner Bundesrepublik hatte schon einen sehr braunen Mohr geschickt. Ob Österreich mit einem waschechten Faschisten dem Bonner Auswärtigen Amt Konkurrenz machen möchte, hoffen wir, bezweifeln zu dürfen.

"VORWÄRTS"

«Faschist» Tursky bleibt uns erhalten

H. J. T. WIEN — Das österreichische Außenministerium in Wien ist gewillt, den «Fall Tursky» zu den Akten zu legen. Der Wiener Legationsrat Doktor Sautter erklärte in einem Interview mit BLICK gestern nachmittag: «In unserer Botschaft in Bern wird es keine personelle Veränderungen geben.»

Wie BLICK berichtete, soll der österreichische Botschafter Dr. Johannes Tursky bei einem Empfang in der jugoslawischen Botschaft unter anderem gesagt haben: «Ich war Faschist und ich bleibe Faschist. Ich war Sekretär Starhembergs und kommandierte eine Einsatzgruppe der Heimwehr.»

Doktor Tursky wurde vom Außenministerium in Wien nach Erscheinen des BLICK-Berichtes, der in Österreich ein Pressegefecht zwischen sozialistischen und rechtsgerichteten Blättern auslöste, aufgefordert, einen ausführlichen Bericht über den feucht-fröhlichen Empfang in der jugoslawischen Botschaft nach

Kuckucksei in Bern?

BERN — Hat unser Nachbarland Österreich uns mit seinem Botschafter Dr. Johannes Georg Tursky ein schwärzlich-fauls Faschisten-Kuckucksei ins Berner Bundesnest gelegt?

Das fragt man sich in Bern nach dem Botschafterskandal, der jetzt aufgedeckt wurde.

Seine Österreichische Exzellenz hatte sich am Mittwoch in feuchtföhlicher Morgenfrühe auf einer Dinner-Party zu Ehren des letztjährigen Basler Regierungspräsidenten Max Wullschleger in der jugoslawischen Botschaft demonstrialv zum Austro-Faschismus bekannt.



Botschafter Tursky

österreichische Regierung die faschistische Couleur ihres Botschafters kannte, als sie ihn 1961 nach Bern schickte.

Wien: «Ueberrascht» Dr. Fritz Metzner, Sektionschef beim Bundeskanzleramt in Wien zu BLICK:

«Davon bin ich überrascht, dass sich Botschafter Tursky zum Faschismus bekennt, das kann ich mir nicht vorstellen. Der Tursky hat doch auch das Vertrauen des verstorbenen Bundeskanzlers Raab genossen. Botschafter Tursky gilt als sehr bürgerlicher Mann und steht der Volkspartei nahe.»

Als BLICK Tursky selbst befragen wollte, war er nicht zu erreichen: er fuhr an eine andere Cocktail-Party.

Früsterchen, Herr Botschafter! Und: Mund halten!

19. Juni 1965

Wien zu senden. Erst jetzt, fast drei Wochen nach dem Vorfall, traf dieser Bericht in Wien ein. Der Inhalt von Dr. Turskys dienstlicher Erklärung wird im Außenministeriums streng geheim gehalten. Wie BLICK jedoch erfährt, hat Doktor Tursky die ihm zur Last gelegten Äußerungen im wesentlichen nicht bestritten.

«Die Erklärung», sagt Doktor Sautter im BLICK-Interview, «wird von Außenminister Kreisky persönlich bearbeitet. Es wird jedoch keinen Botschafterwechsel geben.»

BLICK

7. Juli 1965

EINDRUCKSVOLLE SIEGE UNSERER JAPANISCHEN GENOSSEN I

EINE MILLION STIMMEN GEWONNEN

Bei den Wahlen in das japanische Oberhaus am 4. Juli d. J. errang die KP Japans einen großen Sieg. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Sanzo Nosaka, wurde mit 620.000 Stimmen – das ist die höchste Stimmenanzahl unter allen gewählten Kandidaten der Hauptstadt Japans – wiedergewählt. Zwei andere kandidierende Genossen wurden mit 870.000 bzw. mit 770.000 Stimmen in das Oberhaus gewählt, womit sie bezüglich der für die einzelnen Kandidaten in ganz Japan abgegebenen Stimmen an zweiter bzw. fünfter Stelle rangieren. Die KP Japans gewann bei diesen Wahlen ein neues Mandat und verfügt jetzt über vier Vertreter im japanischen Oberhaus. Sowohl in den Städten als auch auf dem Lande konnte die Partei einen großen Anstieg ihrer Stimmen verzeichnen und erreichte mit 2.700.000 gegenüber 1.700.000 Stimmen bei den letzten Wahlen einen Stimmenzuwachs von einer vollen Million. Ihr Stimmenanteil im ganzen Lande wuchs auf 7 Prozent. Die KP Japans erhielt damit sowohl prozentuell als auch absolut mehr Stimmen als bei allen anderen Wahlen der Nachkriegszeit.

Besonders bedeutsam ist das Wahlergebnis in der Hauptstadt Tokio, wo die japanischen Kommunisten der herrschenden Regierungspartei, der Liberaldemokratischen Partei, eine schwere Niederlage bereiteten. Diese Partei, welche die Interessen des japanischen Monopolkapitals vertritt, verlor in der Metropole alle ihre vier bisherigen Oberhausmandate und 500.000 Stimmen; im gesamt nationalen Maßstab sanken die für die Liberaldemokratische Partei abgegebenen Stimmen von 47 auf 44 Prozent. Die linksorientierte Sozialistische Partei konnte in Tokio die Zahl ihrer Sitze und Stimmen vermehren. In Tokio kandidierte auch eine revisionistische Renegatengruppe unter der mißbräuchlichen Bezeichnung "Japanische Kommunistische Partei", aber trotz der intensiven Unterstützung, welche diese Spaltergruppe seitens der revisionistischen Führung der KPdSU erhielt und trotz ihrer wohlwollenden Behandlung seitens der japanischen Behörden, erlitt sie mit einer armselig kleinen Stimmenanzahl eine vernichtende Niederlage. Weit über Japan hinaus bedeutet das einen schweren Schlag für die modernen Revisionisten, welche auf ihre japanischen Anhänger große Hoffnungen gesetzt hatten. Andererseits ist das Wahlergebnis ein sichtbarer Triumph für die konsequenten Marxisten-Leninisten, dem auch internationale Bedeutung zukommt.

In einem Kommuniqué über den Wahlausgang erklärte die KP Japans, daß die eben zu Ende gegangenen Oberhauswahlen einen bedeutungsvollen Kampf darstellten, der die Zukunft des Kampfes des japanischen Volkes für seine Befreiung und zur Erringung des Friedens in Asien mitbestimmen wird. Es ist ein Kampf um die Entscheidung, welchen der "zwei möglichen Wege Japan beschreiten wird" – den Weg der Partei des japanischen Monopolkapitals, der Liberaldemokratischen Partei, oder den Weg der marxistisch-leninistischen KP Japans, der konsequenten Interessenvertreterin des japanischen Volkes.

Der Ausgang der Wahlen zeugt von der Richtigkeit und vom Erfolg der von der KP Japans eingeschlagenen Politik, ihres unermüdlichen Kampfes gegen die imperialistische Politik der USA, Japan in einen Herd der Aggression und des Krieges zu verwandeln. Die KP Japans ist mit einem klaren Programm in den Wahlkampf gegangen. Im Mittelpunkt dieses Programms stand der Kampf gegen den reaktionären Vertrag der japanischen Sato-Regierung mit den amerikanischen Marionetten in Südkorea, der Kampf gegen die reaktionäre Regierungspolitik der Unterstützung der US-Aggressionen, womit die Intensivierung der Ausplünderung des japanischen Volkes Hand in Hand geht, sowie der unermüdliche Kampf der KP Japans gegen die Wiedererweckung des japanischen Militarismus, für demokratische Rechte und die Verbesserung des Lebens des arbeitenden Volkes. Die Oberhauswahlen haben bewiesen, daß eine solche Politik der japanischen Kommunisten wachsendes Vertrauen bei den Massen findet.

Das bewiesen wenige Wochen nach den Oberhauswahlen auch die Gemeinderatswahlen in Tokio, welche der KP Japans weitere Erfolge brachten: Sie konnte

die Zahl ihrer Wähler von 178.392 auf 384.589 steigern, also mehr als verdoppeln, wobei ihr Stimmenanteil von 4,5 auf nunmehr 10,1 Prozent stieg. Die Zahl der Mandate der KP Japans im Stadtparlament von Tokio stieg damit von 2 auf neun. Unter allen wahlwerbenden Parteien verzeichnete die KP Japans sowohl prozentuell als auch absolut die größten Gewinne, während die Liberaldemokratische Partei von über 48 auf 30 Prozent der Stimmen zurückgeschlagen wurde. Die Revisionisten und Troztkisten, die ebenfalls gegen die KP Japans auftraten, erlitten eine neuerliche schwere Abfuhr.

Interessant ist übrigens, wie die österreichischen Zeitungen auf die japanischen Wahlergebnisse, die internationales Aufsehen erregten, reagierten: Der "Kurier", das "Volksblatt" und das "Neue Österreich" begnügten sich mit kurzen Notizen, wobei sie die Wahlerfolge der KP Japans zur Gänze verschwiegen, die "Arbeiter-Zeitung" brachte falsche Ergebnisse und unterschlug das gewonnene vierte Mandat unserer japanischen Genossen, während die besonders "objektive" Zeitung des Herrn Molden, die "Presse", am 6. Juli sogar zu berichten wußte, die KP Japans habe eines ihrer bisherigen drei Mandate verloren!

Und die "Volksstimme"? Am 7. Juli schrieb sie unter dem Titel "Wahlerfolg der Linken in Japan", die japanische SP habe Sitze gewonnen, während die KP Japans die Zahl ihrer Mandate lediglich "halten" konnte. Nach dem großen Erfolg unserer japanischen Genossen bei den Tokioter Gemeinderatswahlen machte sie allerdings eine interessante Wendung. Diesmal brachte sie die Ergebnisse sogar als Aufmacher auf der Titelseite und wärmte sich in der Sonne der Erfolge einer Partei, für die sie sonst nur Bezeichnungen wie "Domatiker", "Sektierer", "Abenteurer" usw. bereit hat. Ob die "Volksstimme"-Leser wirklich nicht wissen, daß die japanischen Kommunisten ihre Erfolge im konsequenten Kampf gegen den Versöhnlerkurs Chruschtschows und seiner Nachfolger, in der konsequenten Befolgung eben jener revolutionären Grundsätze erzielt haben, wegen deren angeblicher "Ablehnung durch die Massen" die KPÖ ihre besten Traditionen über Bord geworfen hat?

Internationale kommunistische Bewegung

Die neue Führung der KPdSU verstärkt die Sabotage an der KPJ und den demokratischen Kräften Japans

AUS EINEM ARTIKEL VON "AKAHATA", DEM ZENTRALORGAN DER KP JAPANS

Die neue Führung der KPdSU sowie die von ihr geleiteten Regierungsämter und Volksorganisationen mischen sich nach dem Sturz Chruschtschows noch ärger und offener in die inneren Angelegenheiten der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen Japans ein und unternehmen spalterische und Wühlstätigkeit. Darüber wurde die Öffentlichkeit durch einen Artikel, der am 22. Juli in "Akahata", dem Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans (KPJ), erschien, informiert.

Es wird erklärt, daß die KPJ den Kampf gegen modernen Revisionismus, Großmachtchauvinismus und Spaltertum energisch fortsetzen, die echte Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus schützen und eine internationale Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus anstreben wird, damit nationale Befreiung und Frieden verwirklicht werden können.

Es heißt: Die prinzipielle Frage des heißen Disputs innerhalb der internationalen demokratischen Bewegung in den letzten Jahren ist, „ob man weiterhin das Banner des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus – das Hauptbollwerk der Aggression und des Krieges in der Welt – hochhalten oder dieses Banner im Namen der ‚Verbreiterung der Reihen dieser Bewegung‘ zusammenrollen soll. Außerdem gibt es dann noch solche Fragen, wie z. B.: Soll man die Kennedy- und Johnson-Regierungen als politische Vertreter des amerikanischen Imperialismus ansehen, ihre Doppeltaktik entlarven und ihre Aggressionspolitik unerbittlich bekämpfen, oder soll man diese Regierungen als eine ‚vernünftige Gruppe‘ innerhalb der herrschenden Klasse in den USA auffassen, die für die ‚friedliche Koexistenz‘ eintritt, soll man sie verniedlichen und alle Hoffnungen auf den Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen und auf ein prinzipienloses Kompromiß mit Kennedy und Johnson setzen; soll man die nationalen Befreiungskämpfe der asiatischen, afrikanischen und lateiname-

rikanischen Völker rückhaltlos unterstützen, oder soll man die Entwicklung der nationalen Befreiungskämpfe verhindern, um die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit zu erreichen und aufrechtzuerhalten?"

Im Zusammenhang mit diesen Fragen stehen auch noch einige zusätzliche Streitpunkte. Soll man z. B. die allgemeine Abrüstung als eine der Aufgaben der internationalen Friedensbewegung ansehen und ihr den ihr zukommenden Platz unter den anderen Aufgaben der Friedensbewegung anweisen, oder soll man die „allgemeine und vollständige Abrüstung“, d. h. Beseitigung aller Waffen, und insbesondere, die Schaffung einer Welt ohne Kriege und ohne Waffen, obwohl das weltimperialistische System noch existiert, zur allumfassenden zentralen Aufgabe der Friedensbewegung machen usw.?

„In letzter Analyse laufen alle diese Streitfragen auf die einzige grundlegende Frage hinaus: Soll man die Linie des konsequenten Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus, den Anführer der reaktionären Kräfte der Welt, den internationalen Gendarmen und die Hauptkraft der Aggression und des Krieges, verfolgen oder nicht? Der Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen, der von Chruschtschow und anderen mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wurde, ist ein konzentrierter Ausdruck der Linie des prinzipienlosen Kompromisses mit dem amerikanischen Imperialismus.“

Der Artikel bemerkte, daß die internationalen modernen Revisionisten mit Chruschtschow an der Spitze versuchen, nicht nur die sozialistischen Länder und die internationale kommunistische Bewegung, sondern auch alle internationalen demokratischen Bewegungen, einschließlich aller Sphären der Friedensbewegung, zu zwingen, sich diesem Vertrag anzuschließen.

Dieser Versuch, heißt es weiter, „ist unvereinbar mit der von den internationalen demokratischen Bewegungen einmütig festgelegten Aufgabe des allgemeinen Verbots von Atomwaffen und -versuchen und unvereinbar mit der gemeinsamen Sache, dem Zusammenhalt und der Solidarität dieser Bewegungen. Dieser Versuch legt der Solidarität dieser Bewegungen ein weiteres größeres Hindernis in den Weg und führt in diesen Bewegungen faktisch zu einer Vergrößerung des Bruchs“.

„Akahata“ schreibt, daß die Bemühungen, durch den Abschluß des Vertrags über das teilweise Verbot von Atomversuchen eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit zustandezubringen, den amerikanischen Imperialismus lediglich überzeugt haben, daß die Politik von Chruschtschow und seinesgleichen darin besteht,

mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten und ihnen freie Hand zu geben, eine noch aggressivere Politik in Asien zu verfolgen, wie das ja auch in Vietnam der Fall ist. Heute sind wir Zeugen der Folgen dieser Bemühungen: erhöhte Spannung in Asien und infolgedessen eine ernstliche Gefährdung des Weltfriedens.

Amerikanische offizielle Stellen haben offen erklärt, heißt es weiter, daß die amerikanischen Imperialisten erst sicher sein mußten, daß die internationalen modernen Revisionisten eine Politik des prinzipienlosen Kompromisses mit den Vereinigten Staaten verfolgen, bevor sie zu den brutalsten Formen der Aggression gegen Vietnam und andere asiatische Länder griffen.

„Diese opportunistische und spalterische Linie verlangt, daß man das Banner des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus aufgibt, Kennedys Beitrag zum Frieden lobt und sogar schweigend sein Andenken verehrt, dann die auf ihn folgenden Johnson-Regierung verniedlicht und alles auf ein prinzipienloses Kompromiß mit Johnson setzt . . . Aber als der von der Johnson-Regierung repräsentierte amerikanische Imperialismus mit einer Brutalität ohnegleichen den vietnamesischen Aggressionskrieg ausweitete, ist diese Linie politisch vollkommen in Mißkredit geraten . . .

Unter diesen Umständen verfolgte die Führung der KPdSU in den ersten Tagen nach dem Sturz Chruschtschows peinlich genau die Linie Chruschtschows und verniedlichte Johnson ganz offen. Aber als Johnson im Februar dieses Jahres das Dauerbombardement der Demokratischen Republik Vietnam anordnete, rief die Führung der KPdSU alle Völker auf, den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus zu verschärfen und ihren Zusammenhalt und ihre Solidarität im Kampf zu festigen.

Wenn aber die Führung der KPdSU wirklich den Wunsch gehabt hätte, sich mit den Völkern zu vereinen und einen allseitigen Kampf gegen die Aggression der amerikanischen Imperialisten zu führen, hätte sie natürlich durch eine Prüfung feststellen müssen, daß die Linie, den Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten zu vermeiden, ihren Forderungen nachzugeben, den Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen zu unterzeichnen und zu prinzipienlosen Kompromissen mit ihnen zu kommen, falsch war. Nicht nur das, die Führung der KPdSU hat auch die Verantwortung dafür zu tragen, daß sie anderen ihre falsche Linie aufgezwungen und infolge ihrer großmachthauvinistischen Haltung andere gezwungen hat, den Teststoppvertrag zu unterstützen. Damit hat sie den Konflikt in den internationalen demokratischen Bewegungen verschärft und aktiv an einer Spaltung der demokratischen Bewegungen in Japan gearbeitet.

Wir entnehmen das vorliegende Dokument der Nummer 29/1965 der "PEKING RUNDSCHAU". Bestellungen für diese wichtige und informative Zeitschrift erbitten wir an Postamt Wien 152, Postfach 15

Statt aber an sich selbst Kritik zu üben, haben die Führung der KPdSU, das Sowjetische Friedenskomitee und die Sowjetisch-Japanische Vereinigung, die ihr unterstehen, ihre Aktionen zur Spaltung der Friedensbewegung in Japan und der Bewegung für Japanisch-Sowjetische Freundschaft noch weiter intensiviert.“

Der Artikel bemerkte, daß die KPJ die Führung der KPdSU dringend ersucht hat, eine Selbstprüfung vorzunehmen. Die Situation hat sich jedoch bis heute nicht im geringsten verbessert.

Anhand vieler Tatsachen wird bewiesen, daß die Führung der KPdSU, das Sowjetische Friedenskomitee und die Sowjetisch-Japanische Vereinigung die Friedensbewegung und die Bewegung für Freundschaft mit der Sowjetunion in Japan gezwungen haben, den Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen zu unterstützen, und daß sie versucht haben, diese Bewegungen zu spalten. Das von G.A. Schukow geleitete Sowjetische Friedenskomitee leistete denjenigen Elementen, die den Japanischen Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben verlassen und am 1. Februar dieses Jahres einen „Nationalen Rat für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben“ als Konkurrenz für den Japanischen Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben gegründet hatten, Vorschub. Schukow hat auch Yuichi Yoshikawa und anderen, die aus dem Japanischen Nationalen Friedenskomitee ausgeschlossen wurden, geholfen, eine Konkurrenzorganisation zu gründen. Einige der Führer des Sowjetischen Friedenskomitees haben sogar die schamlose Drohung ausgestoßen, gewisse japanische Mitglieder des Weltfriedensrates auszuschießen und durch Vertreter des „Nationalen Rates für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben“ zu ersetzen. Gegen den Vorschlag des Japanischen Nationalen Friedenskomitees über die japanische Vertretung auf dem Vorbereitungskomitee für den Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung, der im Juli in Helsinki abgehalten werden soll, hat das Sekretariat des Weltfriedensrates dem Vorbereitungskomitee eigenmächtig den Generalsekretär des „Nationalen Rates für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben“ und gewisse parteifeindliche Elemente aufgezwungen.

Weiter schreibt „Akahata“, daß einige Führer des Sowjetischen Friedenskomitees im Bund mit den Führern des „Nationalen Rates für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben“ und mit einigen führenden Mitgliedern des Weltfriedensrates, die unter der Fuchtel dieser Führer des Sowjetischen Komitees stehen, Aktionen zur Spaltung des Japanischen Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben durchführen.

Alle diese Aktionen zur Spaltung der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Japan und der japanischen Friedensbewegung zeigen klar, wie „Akahata“ erklärt, daß die sowjetischen Führer in den internationalen demokratischen Bewegungen mit den Kräften zusammenarbeiten, die die chruschtschowsche Linie unterstützen — was von Lyndon Johnson sehr mit Beifall begrüßt wird — und daß sie weiterhin ihre spalterische Linie verfolgen; damit wollen sie die Kräfte

der echten Solidarität in verschiedenen Ländern treffen.

Außerdem geißelt „Akahata“ die offene Spaltertätigkeit, welche die Sowjetisch-Japanische Vereinigung unter der Führung der KPdSU gegen die Japanisch-Sowjetische Freundschaftsbewegung verübt hat.

Es wird daran erinnert, daß einige Mitglieder der Japanisch-Sowjetischen Vereinigung schon seit langem die Spaltertätigkeit gegen diese Vereinigung betrieben haben. Sie begannen mit ihren Bemühungen nach der Durchführung des sowjetischen Atomversuches im September 1961; nach dem Abschluß des Vertrags über das teilweise Verbot von Atomversuchen im August 1963 wurden diese Bemühungen noch intensiviert. Infolgedessen entstanden in diesem Jahr in der Japanisch-Sowjetischen Freundschaftsbewegung zwei Spalterorganisationen: die „Japanisch-Sowjetische Austauschgesellschaft“ und die „Japanisch-Sowjetische Freundschaftsvereinigung“. Diese Organisationen wurden aufgrund angestrebter Bemühungen der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung und der sowjetischen Organisationen in Japan zustande gebracht.

Bei zahlreichen Gelegenheiten haben die Führer der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung und der sowjetischen Organisationen in Japan versucht, sich in die inneren Angelegenheiten der Japanisch-Sowjetischen Vereinigung einzumischen, Unruhe zu stiften, sie zu spalten und unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Bemühungen wurden verstärkt und immer offener durchgeführt, nachdem die neuen Führer der KPdSU an die Macht gekommen waren. Diejenigen Mitglieder der Japanisch-Sowjetischen Vereinigung, die mit ihren Versuchen, die Vereinigung zu „reformieren“, gescheitert waren, gründeten daher im Februar dieses Jahres die „Japanisch-Sowjetische Austauschgesellschaft“ und im April die „Japanisch-Sowjetische Freundschaftsvereinigung“.

In Übereinstimmung mit dem Plan der Führer der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung organisierten einige Mitglieder der sowjetischen Botschaft in Japan direkte Aktionen zur Spaltung der Japanisch-Sowjetischen Vereinigung und der Japanisch-Sowjetischen Freundschaftsbewegung. Sie verbündeten sich mit Ichizo Suzuki, Shigeo Kamiyama, anderen Renegaten aus der KPJ und gewissen Leuten der demokratischen Kräfte und begannen an der Gründung der „Japanisch-Sowjetischen Austauschgesellschaft“ und der „Japanisch-Sowjetischen Freundschaftsvereinigung“ zu arbeiten. (Ichizo Suzuki wurde Mitglied des Vorbereitungskomitees für die Vereinigung und Shigeo Kamiyama wurde zum Ratsmitglied gewählt). Alles das ist ein „offenes Geheimnis“.

„Akahata“ schreibt, daß die Führer der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung einen großen Eifer an den Tag gelegt haben, um die Japanisch-Sowjetische Freundschaftsorganisation zu spalten. Das ist sehr ungewöhnlich und hat ihre wahre Absicht in bezug auf die Japanisch-Sowjetische Freundschaftsbewegung enthüllt. Letzten Endes wünschen sie eine japanisch-sowjetische Freundschaftsorganisation mit denjenigen als Kern, die

den Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen und die moderne revisionistische Linie Chruschtschows und seinesgleichen unterstützen und der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung völlig gehorchen. Es ist ganz klar, daß diese Spaltertätigkeit unvermeidlich die Prinzipien der internationalen Freundschaftsbewegung untergräbt und die Entwicklung einer echten Freundschaft zwischen dem japanischen und dem sowjetischen Volk behindert.

„Die Maßnahmen der Führer der Sowjetisch-Japanischen Vereinigung zur Spaltung der Japanisch-Sowjetischen Vereinigung zeigen neuerlich, daß die Führer der KPdSU im wesentlichen noch immer dieselbe opportunistische und spalterische Linie verfolgen wie bisher. Nicht nur das, die Führer der KPdSU sind bereits so weit heruntergekommen, daß sie sich nicht einmal schämen, so weit zu gehen, die Japanisch-Sowjetische Freundschaftsbewegung zu sabotieren und die internationale Freundschaftsorganisation zu spalten, nur um ihre falsche Linie weiter verfolgen zu können.“

„Akahata“ zitiert viele Tatsachen, die zeigen, daß die neuen Führer der KPdSU unter Verletzung der in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegten Prinzipien, die für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien gelten, trotz wiederholter Proteste der KPJ bis auf den heutigen Tag vor nichts zurückgeschreckt sind, um die Tätigkeit Yoshio Shigas, Ichizo Suzukis, Shigeo Kamiyamas und Shigeharu Nakanos zur Spaltung der KPJ zu unterstützen.

Diese Tatsachen, heißt es, zeigen, daß die Einmischung der Führer der KPdSU in die inneren Angelegenheiten der KPJ nicht nur ein Angriff auf die KPJ, sondern auch auf alle Parteien, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind, und auf die Einheit und die Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung, die den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus zur Grundlage hat, ist. Gerade aus diesem Grund hat eine große Anzahl marxistisch-leninistischer Parteien dagegen scharfen Protest erhoben. Aber trotz der Proteste der KPJ und anderer Bruderparteien fahren die Führer der KPdSU bis auf den heutigen Tag fort, die parteifeindliche Gruppe Shigas und andere zu unterstützen und ihnen zu helfen. Das allein schon legt ihr heuchlerisches Geschwätz über die „Einheit und Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung“ und über ihre „Opposition gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien“ bloß.

Obwohl die Führer der KPdSU einige der Praktiken, die zur Zeit Chruschtschows angewendet wurden, geändert haben und jetzt noch mehr über die Einheit und Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung schwatzen, haben sie, statt ihre Tätigkeit zur Sabotage an der Einheit und Solidarität der internationalen kommunistischen und internationalen demokratischen Bewegungen einzustellen, sie in Wirklichkeit verstärkt.

„Die Führer der KPdSU stehen dem Bankrott der politischen und organisatorischen Linie des modernen Revisionismus gegenüber. Obwohl sie jetzt anders sprechen und die Wichtigkeit des Kampfes gegen den Impe-

rialismus und die Wichtigkeit der kämpferischen Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung zu betonen beginnen, versuchen sie faktisch, die chruschtschowsche Linie des Opportunismus, Spaltertums und Großmachtchauvinismus weiter zu verfolgen.“

Es zeigt sich, daß, nachdem all das Gerede Chruschtschows zur Beschönigung des amerikanischen Imperialismus, seine Linie der prinzipienlosen Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR und seine Tätigkeit, andere zu zwingen, den Vertrag über das teilweise Verbot von Atomversuchen zu unterstützen, völlig bankrott gegangen sind, die Führer der KPdSU bei der Durchführung der spalterischen Pläne die verschiedenartigsten organisatorischen Mittel anwenden mußten, um diesen Bankrott zu verdecken.

„Akahata“ schreibt: „Die Führer der KPdSU können nicht mit Tatsachen auf Tatsachen, mit Theorie auf Theorie, mit Ideologie auf Ideologie und mit Politik auf Politik antworten. Stattdessen treten sie weiterhin die Prinzipien, die für die Beziehungen zwischen Bruderparteien gelten, mit Füßen, beschäftigen sich mit Komplotten zur Einmischung in unsere Partei, üben einen Druck auf sie aus und verursachen Spaltungen — all das hat die Sabotage der KPJ zum Ziel.“

Diese Taktik ist im wesentlichen gleich wie jene, die sie anwendeten, um die ideologischen, theoretischen und politischen Differenzen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zu übertragen. Nicht nur das, die Führer der KPdSU haben diese Taktik in Japan noch systematischer und skrupelloser angewandt, weil sie den Umstand ausnutzen konnten, daß in Japan die amerikanischen Imperialisten und das japanische Monopolkapital an der Macht sind und nicht die von der Kommunistischen Partei Japans geführte Arbeiterklasse und Werktätigen.

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Vorgangsweise mit Marxismus-Leninismus und proletarischem Internationalismus völlig unvereinbar ist. Das ist der Hauptgrund für die Uneinigkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung . . .

Damit sie ihre barbarische Aggression gegen Vietnam ausweiten und ihre Verbrechen gegen die asiatischen Länder durchführen können, verbünden sich die amerikanischen Imperialisten in Japan mit den reaktionären und verräterischen Elementen, deren Kern das japanische Monopolkapital ist, und tun ihr Äußerstes, um den Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden in diesem Land, das ihr größter Stützpunkt für eine Aggression in Asien ist, zu sabotieren. Deshalb konzentrieren die amerikanisch-japanischen reaktionären Kräfte ihre Angriffe auf die KPJ und die politisch bewußten demokratischen Kräfte . . .

Unter diesen Umständen laufen die Einmischung der Führung der KPdSU und der von ihr gegen die KPJ angewandte Druck und die Aktionen zur Spaltung der demokratischen Kräfte unseres Landes, ganz gleich, unter welchem Vorwand sie ausgeübt werden, darauf hinaus, den schändlichen Plänen der amerikanischen Imperialisten und der japanischen Monopolkapitalisten die helfende Hand zu leihen. Es ist außerdem evident,

daß ein Angriff auf die KPJ und die demokratischen Kräfte in Japan, dem wichtigsten Stützpunkt der amerikanischen Imperialisten in Asien, einen direkten Angriff auf den gesamten internationalen Kampf gegen die Kriegs- und Aggressionspolitik der amerikanischen Imperialisten bedeutet.

Es ist vollkommen klar, daß eine solche Vorgangsweise den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 und den elementaren Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zuwiderläuft . . .

Übrigens ist nichts offensichtlicher, als daß die Führer der KPdSU mit diesen prinzipienlosen Ränken genau so elendiglich scheitern werden wie Chruschtschow.

Wir verkündigen öffentlich: Solange die neue sowjetische Parteiführung unsere ernststen Warnungen und wiederholt gegebenen kameradschaftlichen Ratschläge ignoriert und ihre Einmischungs- und Spaltertätigkeit gegen die KPJ und die demokratischen Kräfte Japans fortsetzt, werden wir beharrlich gegen sie kämpfen . . .

Die von dem unbesiegbaren Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus geleitete KPJ führt folgende ruhmreiche Aufgaben mit voller Zuversicht aus: Kampf gegen die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus und des japanischen Monopolkapitals.

Erzielung neuer Erfolge der volksdemokratischen Revolution und damit Erringung der Siege für den Sozialismus in Japan; Errichtung einer nationaldemokratischen Einheitsfront aller jener Kräfte, die in Erfüllung dieser Ziele gegen diese beiden Feinde kämpfen; Aufbau einer eng mit dem Volk verbundenen machtvollen marxistisch-leninistischen Partei; Errichtung einer internationalen Einheitsfront gegen den von den Vereinigten Staaten angeführten Imperialismus und für Erringung der nationalen Befreiung und des Friedens. Die KPJ hat sich bei der Erfüllung dieser Aufgaben keinem feindlichen Angriff gebeugt und wird sich auch von keiner großmachtchauvinistischen Einmischung und von keinem Druck einer fremden Partei einschüchtern lassen.“

Abschließend schreibt „Akahata“: „Die KPJ wird nach wie vor ihren Kampf gegen modernen Revisionismus, Großmachtchauvinismus und Spaltertum entschieden fortsetzen, für eine echte Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus eintreten und die Bildung einer internationalen Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus und für die nationale Befreiung und den Frieden anstreben.“

(Hervorhebungen von uns.)



MICHAEL McCREERY

Mit Verspätung erreicht uns die unfassbare Nachricht, daß Genosse Michael McCreery am 10. April an einer heimtückischen Krankheit gestorben ist. Kurze Zeit zuvor haben wir noch mit ihm gesprochen, uns an seiner revolutionären Klarheit und Klugheit, an seiner Prinzipienfestigkeit und seiner Siegeszuversicht begeistert.

McCreery war jener Genosse, der die Fahne des Kampfes gegen den auch in der englischen KP immer verheerender grassierenden Chruschtschow-Revisionismus als erster weithin sichtbar erhob und mit dem vollen Einsatz seiner mitreißenden Persönlichkeit die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Kräfte zur gemeinsamen Aktion zu sammeln begann. Die Gründung des englischen „Komitees zum Kampf gegen den Revisionismus, zur Verteidigung der kommunistischen Einheit“, dessen Sekretär er war, und unseres hervorragend redigierten englischen Bruderblattes „VANGUARD“, das viele ausgezeichnete Artikel von ihm enthält, war weitgehend sein Verdienst.

Genosse McCreery war erst 36 Jahre alt. Sein Tod reißt eine schmerzliche Lücke nicht nur in die Reihen der englischen Mar-

xisten-Leninisten, sondern ist ein schwerer Verlust für die internationale kommunistische Bewegung. Umsomehr teilen wir den Schmerz unserer englischen Genossen, fühlen und trauern wir mit ihnen. Wir werden das Andenken an "Mike" immer hochhalten, werden unseren so liebenswerten Freund und Genossen niemals vergessen.

Die englischen Marxisten-Leninisten, die Genosse McCreery zu organisieren half, sind inzwischen eine bedeutsame Kraft geworden. Auch der Tod eines ihrer Besten wird sie nicht lähmen. Es besteht keinerlei Zweifel, daß die englischen Marxisten-Leninisten den Kampf, den Genosse McCreery mit soviel Hingabe bis zu seiner letzten Stunde führte, in seinem Geiste, mit seiner Beharrlichkeit und mit seiner unbedingten Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus fortsetzen und zum Sieg führen werden.

DIE REDAKTION DER "ROTEN FAHNE"

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

Genosse Dr. Walter FREUDMANN, der weit über seinen Wohnbezirk Favoriten hinaus bekannte Volksarzt und seit Jahrzehnten in der kommunistischen Bewegung tätige Aktivist, stellt uns die nachstehende Erklärung zur Verfügung, die er nach dem 19. Parteitag an seine Bezirksorganisation und an das ZK der KPÖ gerichtet hat:

ERKLÄRUNG

In meinem vor dem 19. Parteitag der KPÖ in der "Volksstimme" abgedruckten Diskussionsbeitrag zu den "Thesen über die Perspektiven" fehlte der letzte Absatz, dessen Abdruck mir von der Parteiführung der KPÖ verweigert worden ist. Dieser letzte Absatz lautet:

"Es ergibt sich als Schlußfolgerung: Wenn sich die auf den Abweg revisionistischer Anschauungen abgeglittene Führung der KPÖ ihrer historischen Aufgabe nicht mehr gewachsen zeigt, und auf der unmarxistischen, revisionistischen Auffassung des 'einzig möglichen friedlichen Weges zum Sozialismus' in Österreich beharrt, dann werden sich in Österreich auf Grund der historischen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung unvermeidlich neue, nicht vom Revisionismus befallene Kräfte finden, die auf der Grundlage der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus die österreichische Arbeiterklasse zum Sozialismus führen werden."

Nachdem es nun der revisionistischen Führung in der KPÖ gelungen ist, ihre durch und durch revisionistische, dem Marxismus-Leninismus diametral entgegengesetzte Linie, wie sie in den "Thesen" zum Ausdruck kommt, tatsächlich durchzusetzen, ist es nunmehr mit meiner marxistisch-leninistischen Überzeugung unvereinbar geworden, dieser Partei, die den Weg des Marxismus-Leninismus verlassen und sich auf den Weg des Sozialdemokratismus begeben hat, weiterhin anzuhören.

2. Juni 1965

WALTER FREUDMANN

EINE WERTVOLLE HILFE, DIE UNS JEDER GEBEN KANN

Die "Rote Fahne" ist für jede finanzielle Unterstützung dankbar und braucht diese Unterstützung gerade jetzt sehr dringend. Doch sie weiß auch, daß ihre Leser eine solche Hilfe nicht in gleichem Maß geben können und es manchem Genossen fast unmöglich ist. Jeder Leser aber kann uns helfen, wenn er uns Namen und Adresse zumindest eines Interessenten bekanntgibt, an den wir in den nächsten Wochen Probe-Exemplare versenden können. Nicht wenige solcher Interessenten, auf die uns unsere Leser aufmerksam gemacht haben, sind heute schon Abonnenten und Förderer der "Roten Fahne".

Josef Pechinger
Wien 16.,
Maroltingergasse 47

Abschrift!

Wien, am 3. Juni 1965

An die
Grundorganisation der KPÖ
Gebiet III

Liebe Genossen!

Überzeugt, daß die vom Parteitag zum Beschluß erhobenen Dokumente (hauptsächlich die Thesen) eine sozialdemokratische Absage an den revolutionären Marxismus darstellen, jedes revolutionäre Klassenbewußtsein ersticken, die politische Lage in Österreich völlig falsch darstellen, außenpolitisch den Kampf um den Frieden auf eine pazifistische Grundlage stellen und dadurch - im marxistisch-leninistischen Sinn gesehen - den Kampf um den Frieden sabotieren, daß endlich die Dokumente (besonders die Thesen) keinen für Marxisten gangbaren Weg zum Sozialismus darstellen, sondern einen Abweg zur Sozialdemokratie -

erkläre ich meinen Austritt aus der KPÖ

mit heutigem Tage und übermittle gleichzeitig mein Mitgliedsbuch. Ich tue dies mit tiefstem Bedauern, aber ich kann nicht anders und hoffe nur, daß Ihr, liebe Genossen, mir deshalb Eure Freundschaft nicht entziehen werdet, so wie auch ich

mit marxistischem Gruß
bleibe Euer
Josef PECHINGER

Beilage: 1 Mitgliedsbuch

Johann BEK
Margareten Gürtel 100
Wien 5.,

Wien, im Juni 1965

An die
Bezirksorganisation der KPÖ
Wien-Margareten

Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr in der Arbeiterbewegung - zuerst bei der Sozialistischen Arbeiterjugend, dann bis zum Februar 1934 bei der SP und seit 1945 bei der Kommunistischen Partei. Als im Jahre 1945 Österreich wieder frei wurde, entschloß ich mich, der KPÖ beizutreten, da ich der Meinung war, daß die SP durch ihre Politik des "friedlichen Weges zum Sozialismus" eigentlich ein Wegbereiter des Faschismus war.

Nun hat der 19. Parteitag gezeigt, daß die heutige KPÖ den selben Weg geht wie die SP.

Ich muß zu meinem Entsetzen auch feststellen, daß es in der heutigen KPÖ weniger Demokratie gibt als in der SP. Denn daß die Bezirksleitung V meine Delegiertenkarte zur Bezirkskonferenz im X. Bezirk aufgibt, sodaß ich dieselbe erst nach der Bezirkskonferenz erhielt, das glaube ich, gibt es nicht einmal bei der SP.

Der Hauptgrund meines Austrittes aus der KPÖ ist deren Abgehen von der Diktatur des Proletariats und der Opportunismus dieser Partei. Genosse Fürnberg spricht davon: "Die Volksmassen können dabei nicht von den Feinheiten der Theorie ausgehen, die feststellt, daß die Diktatur des Proletariats als die Demokratie für das Volk gedacht ist". Das heißt meiner Meinung nach, daß man das Volk für blöd hält. Genosse Fürnberg, das ist Opportunismus!

Wie sich eine Partei zum Standpunkt der Diktatur des Proletariats stellt, so muß man

sie beurteilen. Die heutige KPÖ ist eine zweite SP geworden. Daher erkläre ich, ab sofort aus der KPÖ auszutreten. Gleichzeitig gilt das selbe für meine Frau.

Ich bekenne mich zur Notwendigkeit der Neugründung der marxistisch-leninistischen Partei in Österreich.

JOHANN BEK

Albanien 1965

Einer Einladung, der Feier des 1. Mai 1965 in der albanischen Hauptstadt Tirana beizuwohnen, folgend, hatte ich die Möglichkeit, einen Teil des Landes, die Menschen und ihre Probleme, den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik Albanien kennenzulernen. Da es unmöglich ist, in einem Artikel über alle Ereignisse zu berichten, versuche ich aus der Fülle des Erlebten einige besondere Eindrücke zu schildern.

Der Demonstrationzug zum 1. Mai in seiner Farbenpracht und Lebensfreude erinnert an ein großes Familienfest. Die Sportler eröffnen den Zug, es folgen die Pioniere, der Kommunistische Jugendverband, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Betriebe mit ihren Erzeugnissen, auf Lastwagen mitgeführt; sie geben ein eindrucksvolles Bild des sozialistischen Aufbaus im ehemals rückständigsten Land Europas.

Aber es ist nicht nur ein Volksfest, das hier begangen wird. Es ist vor allem eine Demonstration. Eine Demonstration der Solidarität mit allen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern der Erde, insbesondere der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, das derzeit die Hauptlast der amerikanischen Aggression zu tragen hat. Es gibt keinen Betrieb, keine Gruppe, die nicht Transparente mitführt, die auf die bisherigen Erfolge im Aufbau des Sozialismus hinweisen; aber es gibt keine Selbstgefälligkeit, kein "Sich-selbst-begnügen". Überall kommt die Solidarität mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker zum Ausdruck und tiefer Haß gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Helfershelfer.

Die Funktionäre von Partei und Regierung erleben diese Demonstration teils im Zuge, teils auf der Tribüne stehend mit. Der allgemeine Jubel bezeugt die Verbundenheit jedes Arbeiters und jedes Funktionärs zueinander. Es gibt keine Kluft zwischen Volk und Regierung. Jeder Parteifunktionär, jedes Regierungsmitglied, jeder Arbeiter an der Maschine leistet sein Bestes zum Wohle des eigenen Landes und zum Wohle des internationalen Proletariats. Dieses Bewußtsein schmiedet das Ganze zu einer Einheit, die untrennbar ist.

Während bei uns in Österreich Nazibuben wieder einen Arbeiter ermorden konnten, weil die Gefahr des Faschismus geleugnet oder verniedlicht wird, spielt die antifaschistische Erziehung und Aufklärung in der Volksrepublik Albanien eine wichtige Rolle. Deshalb wird der 5. Mai als Gedenktag für die Opfer des Faschismus besonders gefeiert. An diesem Tag stehen vor jedem Grabmal eines von den Faschisten Ermordeten zwei Jungpioniere Ehrenwache. In Skodra, wo ich die Möglichkeit hatte, dabei zu sein, versammelte sich die Bevölkerung am Hauptplatz und marschierte zum Friedhof. An der Spitze des Zuges gingen die Angehörigen der von den Faschisten Ermordeten, danach viele Jugendliche, Partei- und Regierungsfunktionäre, die Arbeiter aus den Betrieben, ausländische Delegationen. Man fühlt, es ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Der Sekretär des Jugendverbandes verliest die Namen der Opfer. Bei jedem Namensaufruf antwortet die Jugend im Chor "Nie mehr vergessen!". Militär feuert einige Salven ab, die Musikkapelle intoniert "Unsterbliche Opfer".

Auch bei uns in Österreich gibt es offizielle Feiern - das ist wahr. Aber nach der Fei-

DIE NÄCHSTE NUMMER DER "ROTEN FAHNE" ERSCHEINT ANFANG SEPTEMBER!
DANACH ERSCHEINT DIE ZEITUNG WIEDER IN DER GEWOHNTE FOLGE.

er ist alles vergessen. Und man gibt den Nazis die Möglichkeit, aus Teilen der Jugend neue faschistische Mörder zu erziehen.

Besonders beeindruckt war ich von meinem Besuch im Pionierpalast. In Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren wird hier die Liebe zu Blumen und Pflanzen, Tieren, Musik, Sport und anderer sinnvoller Tätigkeit geweckt. Sie betreuen ihre eigenen Blumenbeete, ziehen Pflanzen, verwalten ihre eigene Bibliothek. Sie basteln Radioapparate und stellen in der eigenen Druckerei ihre Zeitung her. Den Kleineren steht ein Abziehapparat zur Verfügung. Ein kleiner Knirps von sieben Jahren hatte die Aufgabe, die Zahl "4" abzuziehen. Er war mit einer derartigen Begeisterung bei der Sache und so vertieft in seine Arbeit, daß ihn die ausländischen Delegierten nicht im Geringsten interessierten. Wenn die meisten Kinder aus Neugierde die ihnen fremden Menschen ansahen, so waren wir für den

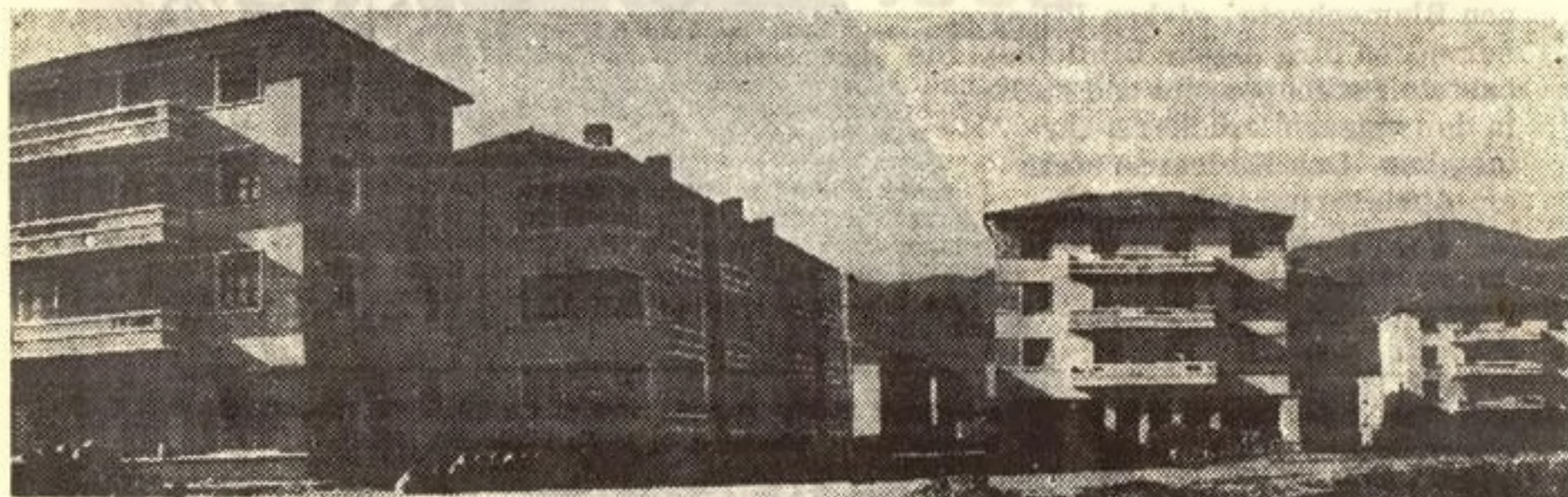
so in seine Arbeit vertieften einfach Luft. Vielleicht dachte er: das sind Kommunisten, ich will auch einmal einer werden und ich werde ihnen beweisen, daß sich Kommunisten von ihrer Aufgabe, die sie übernommen haben, nicht ablenken lassen, egal was kommt.

Anlässlich des Besuches einer im Bau befindlichen Fabrik in Skodra konnte ich bemerken, daß dieser Betrieb mit Hilfe chinesischer Genossen errichtet wird. Es ist ein wesentliches Merkmal sozialistischer Staaten, sich gegenseitig zu helfen. Auch die Sowjetunion stellte seinerzeit Spezialisten zur Verfügung, die in Albanien einen Kader von Ingenieuren und Technikern heranziehen sollten. Es war selbstverständlich, daß diese Spezialisten unter denselben Bedingungen arbeiteten wie die Einheimischen. Der Grundgedanke war, zu helfen, man war stolz darauf, helfen zu können und kam nicht, um privilegierte Gehälter zu beziehen. Unter Chruschtschow wurde diese Norm aber gebrochen und die russischen Ingenieure verlangten das Vierfache der landesüblichen Gehälter. Im Zuge dieser bürgerlichen Entartung wurde dies immer weiter getrieben. Die Spitze erreichte ein Ingenieur aus der CSSR, der 250.000 Lek im Monat verlangte. Das sind ungefähr 30 Monatsgehälter eines albanischen Ingenieurs. Auf meine Frage, was denn der leitende Ingenieur aus China verlange, der mit den albanischen Arbeitern und Ingenieuren eine hoch-



moderne Fabrik für Kupferdrähte baut, wurde mir lächelnd geantwortet: Selbstverständlich soviel wie ein Ingenieur der gleichen Qualifikation und Leistung in Albanien, nämlich 8.500 Lek im Monat.

Der Staat hat die Absicht, in einer Gegend ein Kraftwerk zu bauen, wo es nicht einmal einen Weg gibt, geschweige denn eine Straße. Der Kommunistische Jugendverband wendet sich an seine Mitglieder; und da der Appell auf fruchtbaren Boden fällt, übernimmt die Jugendorganisation den Bau der Straße. Jugendliche aus den Betrieben, Mittelschüler und Studenten arbeiten vier bis fünf Wochen freiwillig und dann ist die Straße da. Man nennt sie "Straße des Lichts" - nicht nur, weil das Kraftwerk, nun-



POGRADEK: Neue moderne Arbeiterwohnungen, wo einst Erdhütten standen.

mehr in Betrieb, Licht spendet, sondern weil es eine Jugend gibt, die einer lichten Zukunft entgegengeht. Der Jugend wird ein Weg gewiesen, wie sie ihre überquellende Energie betätigen kann für ein Werk, das nutzbringend ist für das ganze Volk.

Es gab in Albanien früher keine Eisenbahn. Da aber Eisenbahnen eine Notwendigkeit sind, baute der Jugendverband die Strecke Durres-Elbasan. Jedes Jahr übernimmt der albanische Jugendverband eine Aufgabe, um den Aufbau des Landes rascher zu bewerkstelligen.

Die Tatsache, daß Albanien, eines der kleinsten und ehemals rückständigsten Länder Europas, derzeit politisch eine führende Rolle spielt, ist nicht auf ein Wunder zurückzuführen, sondern ist das Ergebnis der klaren, konsequenten Politik seiner kommunistischen Partei, der "Partei der Arbeit Albaniens" - einer Partei, die im Kampf gegen den Faschismus geboren wurde, durch das unerbittliche Ringen gegen den Faschismus das Vertrauen des Volkes gewonnen hat und dadurch alle inneren und äußeren Feinde besiegen konnte.

Es fehlte auch später nicht an Versuchen seitens der Amerikaner und Engländer, der Titoisten und Chruschtschowisten, das albanische Volk in die Knie zu zwingen. Es erwies sich als unmöglich. Dieses Volk, geführt von einer Partei marxistisch-leninistischer Prägung, ist ein leuchtendes Beispiel für alle den Sozialismus erstrebenden Völker.

WALTER LANDGRAF

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

F b t.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101